

Heimkinder bekommen Beschwerdestelle

Betreuung Wenn Kinder und Jugendliche in Brandenburg Probleme mit ihrer Einrichtung haben, soll eine sogenannte Ombudsperson schlichten. Diese wird einiges leisten – und doch nicht ausreichend sein. *Von Manuel Wozniak*

Es sind knapp 6800 Kinder und Jugendliche, die im Land Brandenburg aktuell außerhalb der Obhut ihrer leiblichen Eltern bei der Kinder- und Jugendhilfe, den betreuten Wohnformen und Pflegefamilien sowie in teilstationären Einrichtungen wie Tagesgruppen und Familienpflegen, untergebracht sind. Bei Problemen mit diesen Einrichtungen können sich die Kinder und Jugendlichen bisher nur an das Jugendamt wenden, oder müssen es intern über ein Beschwerdesystem regeln. Eine unabhängige Beschwerdestelle gibt es nicht. Noch nicht.

Eigentlich war es eine der ersten Initiativen der neuen Landesregierung vor über zwei Jahren. Doch erst jetzt stellte das Bildungsministerium das Konzept der Ombudsstellen für „Kinder und Jugendliche in Einrichtungen erzieherischer Hilfen“ im Ausschuss vor. Geplant ist, eine zentrale und personell wie organisatorisch unabhängige Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis maximal 27 Jahren einzurichten.

Der Abteilungsleiter des Ministeriums, Volker-Gerd Westphal, legt Wert darauf zu betonen, dass es sich um keine Rechtsberatungsstelle handelt und somit auch keine Rechtsberatung vorgenommen werden darf. Wenn es von dem Kind oder Jugendlichen explizit erlaubt wird, kann die Ombudsperson auch auf das zuständige Jugendamt oder die entsprechende Einrichtung zugehen. Als Schlichter zwischen einer Schule und den Schülern darf der Ombudsmann aber nicht auftreten. In solchen Fällen kann höchstens weitervermittelt werden.

Wo die Stelle konkret angelegt wird, ist noch Teil des Aushandlungsprozesses. Der landesweite und niedrigschwellige Zugang soll den Kindern und Jugendlichen über eine Telefonnummer sowie einen eigenen Internetauftritt ermöglicht werden. „Im

Zeitalter des Internets ist es kein Problem, dadurch die Erreichbarkeit sicherzustellen“, ist sich die Fraktionschefin der Grünen, Petra Budke, sicher. Kritischer sieht es Kathrin Dannenberg (Linke): „Eine Stelle ist viel zu wenig für das Land Brandenburg. Die Kinder brauchen einen direkten und persönlichen Ansprechpartner vor Ort. Das Internet ist nur ein schwarzes Loch, in das ich reinschreibe.“

Abteilungsleiter Westphal erklärt dazu, dass es voraussichtlich nicht bei dieser einen zentralen Anlaufstelle bleiben wird: „Es ist absehbar, dass das möglicherweise nicht ausreicht“. Das Kinder- und Jugendhilferecht sieht auch vor, dass die neue Ombudsstelle „sehr viel breiter angelegt sein muss. Sie muss auch für Kinder zuständig sein, die nicht in Einrichtungen untergebracht sind, die nur mal ein Beratungsgespräch bekommen“, erklärt Westphal weiter.

Finanziell wie personell werde die Ombudsstelle daher auf lange Sicht deutlich vergrößert werden. Aktuell wird mit eineinhalb Personalstellen und Kosten in Höhe von 120.000 Euro geplant, die das Land übernimmt. Der Hoffnung auf eine langfristige Ausweitung schließt sich auch Budke an und geht davon aus, dass auf Dauer in allen Landkreisen entsprechende Stellen eingerichtet werden. Essenziell sei, dass die neue Ombudsstelle mit sozialpädagogisch ausgebildetem Personal besetzt wird: „Es ist wichtig, dass es sich um Personen handelt, die gut mit Kindern und Jugendlichen kommunizieren können“, betont Westphal. Darüber hinaus sollten sie von der lokalen Situation Kenntnisse haben und wissen, wie in den jeweiligen Einrichtungen gearbeitet wird.

Das Konzept wurde in einem breiten Verfahren mit einer Vielzahl von beteiligten Akteuren entwickelt. Westphal konstatiert, dass es sich nicht um das

Konzept des Ministeriums selbst handele. Dieses habe sich bewusst aus dem Entwicklungsprozess zurückgehalten, um die Akzeptanz der Träger, Jugendämter und anderer Beteiligter zu erhöhen. Gleichzeitig sei die breite Akteursbeteiligung mit Grund für die Verzögerung des Prozesses gewesen, sind sich Westphal, Budke und auch die jugendpolitische Sprecherin der CDU, Kristy Augustin, einig. Hinzu kamen die Corona-Folgen und die pandemiebedingten Maßnahmen, in dessen Umsetzung das Jugendministerium stark eingebunden war.

Dannenberg sieht auch Corona als einen Auslöser für die Verzögerungen. Allerdings seien die Mitarbeitenden des Ministeriums aufgrund der Pandemie lediglich überarbeitet gewesen, vermutet sie. Darüber hinaus habe die Ein-

richtung der Hilfen zur Erziehung auf Landkreisebene die Verantwortung auf mehrere Schultern verteilt und der Informationsfluss sei vermutlich nicht optimal gelaufen. Neben Corona habe auch die Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine Zeit und Ressourcen gebunden, verteidigt sich Budke. Umso begeisterter äußerte sie sich, dass das Vorhaben nun endlich umgesetzt werde. Bislang existiert mit dem Verein Boje lediglich eine Anlaufstelle für Erwachsene beziehungsweise Erziehungsberechtigte, deren Kinder in Einrichtungen untergebracht sind, aber keine Vertretung für die Kinder und Jugendlichen selbst.

Kritik am Vorhaben

Doch nicht nur der schleppend laufende Prozess der Umsetzung

des Ombudsstellen-Plans stößt auf Kritik. Insbesondere die Oppositionspartei Die Linke bemängelt die seit Jahren unzureichende statistische Erhebung von Daten. Laut der Antwort auf eine Kleine Anfrage verfügt das Ministerium weder über Zahlen der in den Einrichtungen untergebrachter Kinder, noch über die Anzahl von Beschwerden, die diese über die Bedingungen äußern. Auch über die Art der Vergehen und Vorwürfe gegen die Einrichtungen wurde nicht Buch geführt. Dannenberg zeigte sich darüber sehr schockiert.

Laut Westphal werde sich auch das in Zukunft ändern: „Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens des Bundes wird es auch ums Geld gehen. Das ist eine gute Gelegenheit, über den Tätigkeitsumfang der Einrichtungen und die Relevanz der beanstandeten Fälle, die dahinterstehen, zu sprechen. Das ist bei diesem Konzept noch nicht vorgesehen. Aber wir werden es in Zukunft tun, da die Erfahrung lehrt, dass wir danach gefragt werden,“ kündigte er an.

Der Haasenburg-Skandal

Hintergrund für die Initiative der Landesregierung, eine Ombudsstelle einzurichten, ist der Haasenburg-Skandal. Dem pädagogischen Personal der Einrichtungen des Unternehmens Haasenburg wurde in mehreren Fällen verschiedene Vergehen gegenüber den dort untergebrachten Kindern und Jugendlichen vorgeworfen. Dazu zählten Freiheitsberaubung, Stunden andauernde Fixierung der Kinder, Isolation über Monate und absoluter Drill. Es war zu mehreren ungeklärten Suizidfällen unter den Kindern gekommen. Die Vorfälle reichten bis ins Jahr 2005 zurück. Die damalige Brandenburger Bildungsministerin Martina Münch (SPD) veranlasste nach einem längeren Prozess 2013 die Schließung der Einrichtungen.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 18. Mai 2022